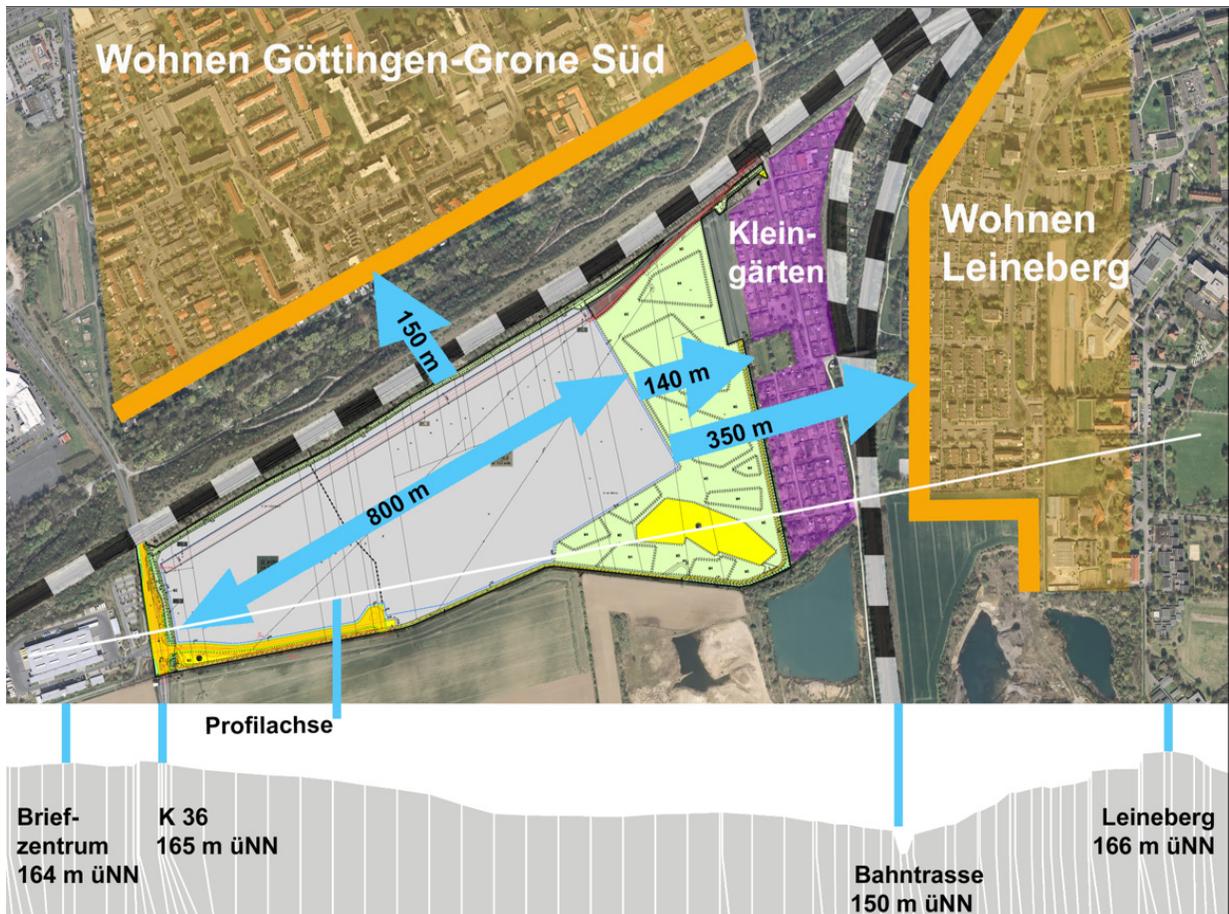


# Positionspapier Bündnis 90/DIE GRÜNEN



## Das Güterverkehrszentrum (GVZ) III – Siekanger

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat im Stadtrat ihre Zustimmung gegeben zur Einrichtung eines neuen Güterverkehrszentrums am „Siekanger“. Bis zum Jahr 2016 soll das neue GVZ III durch die stadteneigene Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung Göttingen (GWG) erschlossen, entwickelt und vermarktet werden. Das 33 ha große GVZ stellt damit eine Ergänzung dar zum GVZ I/II, dessen Lagerhallen in der Güterbahnhofstraße bereits vollständig ausgelastet sind. Nachfolgend möchten wir begründen, warum wir nach intensiver Abwägung aller Argumente die Einrichtung des GVZ III für sinnvoll halten und warum es für Göttingen in vieler Hinsicht eine Chance darstellt.



## Die wichtigsten Gründe für unsere Zustimmung

### • Die Verlagerung des Gütertransports auf die Bahn entlastet die Umwelt

Viele mag überraschen, dass das wichtigste Argument für die Einrichtung des GVZ III ein umweltpolitisches ist: Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Dafür setzen sich die GRÜNEN seit vielen Jahren auf allen Politikebenen ein. Unser Ziel ist es, sowohl den Energie- und Ressourcenverbrauch als auch die mit dem Transport verbundenen Emissionen von Klimagasen, Feinstaub und Lärm zu verringern. Genau aus diesem Grund haben wir uns lange für die Einrichtung des GVZ I/II mit modernster Container-Verladetechnik in der Güterbahnhofstraße eingesetzt, dessen Hallen heute vollständig ausgelastet sind.

Mit der Einrichtung des GVZ III setzen wir diese Politik fort, denn auch hier schafft die Stadt für die Umladung der Güter auf die Bahn die notwendigen Voraussetzungen. Der große Vorteil des Standorts Siekanger besteht – neben der Größe der Fläche – in der Möglichkeit, über geringe Distanz eine Anbindung an ein Gütergleis der Deutschen Bahn herzustellen bzw. freie Kapazitäten in der modernen Verladeanlage für den kombinierten Verkehr (KV-Anlage) in der Güterbahnhofstraße mit zu nutzen. Um dies zu ermöglichen, haben wir die Zuwegung zum GVZ I/II so verändert, dass Container nun problemlos vom GVZ I/II per LKW über die A7 und den Autobahnzubringer Weende zur KV-Anlage transportiert werden können. Damit können neben dem Direkt-Ladungsverkehr auch kombinierten Verkehre (LKW/Bahn) abgewickelt werden. Das GVZ III bietet alle Voraussetzungen für einen schnellen Verkehrsträgerwechsel von Containern, Wechselbehältern und Sattelauflegern. Gleichzeitig ist das GVZ III eine effiziente Schnittstelle zwischen Fern- und Nahverkehr („Feinverteilung“), die unterm Strich dazu beitragen wird, Verkehrswege zu verkürzen. Dies gilt auf Grund der wohnortnahen Lage des GVZ III auch für den täglichen Werksverkehr, denn das GVZ ist leicht mit dem Fahrrad zu erreichen. Darin sehen wir einen erheblichen Vorteil gegenüber wohnort-fernen Standorten auf der „Grünen Wiese“, deren Erschließung zudem zu einer Zersiedelung der Landschaft führt (Beispiele: Stauffenberg, Bad Hersfeld u.a.).

- **Der Standort und der Gleisanschluss sichern die energie- und verkehrspolitische Nachhaltigkeit**

Das GVZ III am Siekanger ist nachhaltig und konkurrenzfähig. Es profitiert nicht nur von seiner Zentralität, seiner günstigen Lage zu den Seehäfen (v.a. Hamburg, Cuxhaven und Bremen) und dem Boom der Logistikbranche (u.a. durch den zunehmenden Internet-Handel), sondern auch vom Wechsel der Energieträger vom Erdöl zu Strom aus regenerativen Quellen. Denn durch seine Anbindung an das Netz der Bahn und die technischen Möglichkeiten zum Verkehrsträgerwechsel nimmt das GVZ III notwendige strukturelle Änderungen vorweg, die steigende Rohölpreise für die Logistikbranche zwangsläufig mit sich bringen werden. Selbst wenn eine Verknappung der Erdölvorräte den Ferntransport auf der Straße einschränkt, „funktioniert“ der Güterverkehr auf den Gleisen weiter. Es ist daher davon auszugehen, dass sich dieser Standort als vergleichsweise krisenfest erweisen wird.

- **Das GVZ III bringt zusätzliche Arbeitsplätze – v.a. für gering Qualifizierte**

Die Entwicklung des GVZ am Siekanger wird zur Schaffung von c.a. 600 bis 1000 neuen Arbeitsplätzen führen, deren endgültige Zahl und Qualität von den jeweiligen Unternehmen abhängig ist, die sich an diesem Standort niederlassen. Es ist zu erwarten, dass viele dieser Arbeitsplätze auch Menschen zugänglich sein werden, die nur über geringe Qualifikation und Ausbildung verfügen. In diesem Segment des örtlichen Arbeitsmarktes, der durch die Universität und ihr wirtschaftliches Umfeld stark auf das akademische Milieu ausgerichtet ist, sehen wir gravierende Defizite. Selbst bei hohem Automatisierungsgrad ist zu erwarten, dass das GVZ III die Arbeitsmarktsituation im Bereich gering qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse spürbar entlasten wird.

- **Das GVZ III trägt zur Standortsicherung anderer Göttinger Unternehmen bei**

Wie die positiven Erfahrungen mit dem GVZ I zeigen, wird die Infrastruktur des GVZ III auch zur Standortsicherung anderer Unternehmen im Stadtgebiet beitragen, die von den neuen Lagerkapazitäten und Verlademöglichkeiten profitieren.

- **Wir holen zusätzliche Wertschöpfung in die Region**

Das GVZ III wird – nicht nur über die Löhne der Beschäftigten – einen Teil der Wertschöpfungskette der Logistikbranche in unsere Region holen. Denn von dem neuen GVZ III profitieren auch regionale Unternehmen (z.B. Handwerksbetriebe), die mit den dort angesiedelten Unternehmen zusammenarbeiten. Darüber hinaus bieten die baurechtlichen Vorgaben die Möglichkeit, am Standort Siekanger in geringem Umfang auch Montagebetriebe anzusiedeln, wovon örtliche Zulieferer ebenfalls profitieren.

- **Die Gewerbesteuereinnahmen erhöhen die politische Handlungsfähigkeit der Stadt**

Die Stadt hat ein Defizit i.H.v. 200 Mio. €, Tendenz steigend. Unter welchem Handlungsdruck sie damit gerät, verdeutlicht u.a. die aktuelle Diskussion über die umstrittene Entschuldungshilfe („Zukunftsvertrag“), die das Land der Stadt angeboten hat. Vor diesem Hintergrund haben wir der Entwicklung des GVZ III auch deshalb zugestimmt, weil sie zu zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen führen wird, die die Stadt dringend benötigt, um ihre Handlungsspielräume zu bewahren.

- **Durch gezielte Maßnahmen werden Umweltbeeinträchtigungen teilweise ausgeglichen**

Wir bestreiten nicht, dass die Entwicklung der Flächen verbunden ist mit dem Verlust landwirtschaftlicher Flächen, die trotz ihrer intensiven Nutzung Bedeutung haben als Naturraum und – gering frequentiertes – Naherholungsgebiet. Auch wird durch das GVZ Bodenversiegelung und eine Störung des Landschaftsbilds verursacht. Diese Beeinträchtigungen werden aber – nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung – so weit wie möglich ausgeglichen. Insbesondere soll zwischen den Kleingärten, die dem Stadtteil Leineberg vorgelagert sind, und dem Betriebsgelände des neuen GVZ III ein etwa 140 Meter breiter Streifen entstehen (ggf. als Wall mit Aushubmaterial des GVZ), der die Lärm bzw. Sichtbeeinträchtigung der benachbarten Kleingärten des weiter entfernten Stadtteils Leinebergs zusätzlich mindern soll. Dieses Areal soll den Charakter einer echten Naherholungsfläche bekommen.

- **GRÜNE Konsequenzen aus der Kritik am Planungsverfahren zum GVZ III**

Wir legen Wert auf die Feststellung, dass alle Gesetze und Satzungen, die bei Planungsverfahren dieser Art zur Anwendung kommen, eingehalten wurden, einschließlich der vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren. Auch hinsichtlich der Transparenz der Beratung in den zuständigen Ausschüssen unterschied sich dieses Planungsverfahren nicht grundlegend von anderen.

Trotzdem ziehen wir aus der zuletzt geäußerten Kritik am Planungsverfahren in mehrfacher Hinsicht GRÜNE Konsequenzen: In Kürze wird sich die Stadt Göttingen auf Antrag unserer Fraktion als erste Kommune Niedersachsens eine eigene Informationsfreiheitsatzung geben. Leider wird sie der Stadt nur passive Informationspflichten (auf Nachfrage und Antrag) auferlegen. Das Beispiel GVZ III zeigt, wie wichtig es ist, auch aktive Informationspflichten (für offensichtlich Betroffene) in dieser Satzung zu verankern, weswegen wir nach der Kommunalwahl weitere Anläufe unternehmen werden, die Satzung entsprechend zu erweitern. Wir haben dies schon bei der Erstellung der Satzung gefordert, sind mit dieser Forderung aber am Widerstand von CDU, SPD und FDP gescheitert. Zudem wird demnächst – ebenfalls auf Vorschlag unserer Fraktion – auf der Homepage der Stadt eine Internet-Seite freigeschaltet, die einen Überblick ermöglichen soll, welche Informationsrechte BürgerInnen gegenüber der Stadt haben und welche Instrumente ihnen zur Verfügung stehen, um ihren politischen Beteiligungsrechten (z.B. im Rahmen der Planung von Gewerbegebieten) Geltung zu verschaffen. Im konkreten Fall werden wir zudem kurzfristig dafür sorgen, dass die Gestaltung der oben dargestellten „Pufferzone“ in enger Abstimmung mit den AnliegerInnen erfolgt.

- **Und noch ein Wort zur heuchlerischen Politik der CDU**

Die CDU hat seit dem Beschluss über den Flächennutzungsplan im Jahr 1975 ALLE Entscheidungen zur Einrichtung des GVZ III mitgetragen und oft als treibende Kraft unterstützt. Mit ihrer Zustimmung hat die Stadt z.B. erst vor Kurzem Millionen in die v.a. für das GVZ III erforderliche Zuwegung zum GVZ I/II investiert und mehr als 10 Mio. € in den Ankauf der benötigten Flächen für das GVZ III gesteckt. Diese nun wieder – deutlich unter Einkaufspreis – als einfaches Ackerland zu verkaufen, wäre Verschwendung von Steuern ohne Gleichen. Genau aus diesem Grund will auch die CDU das Areal nicht lassen wie es ist, sondern es nur „anders“ nutzen, durch Ansiedlung kleinerer und mittelständischer Unternehmen. Allerdings bevorrätet die Stadt dafür bereits an anderen Standorten kleinere Flächen und das vorgeschobene Argument der „mangelnden Nachfrage“ greift im Falle kleinerer Unternehmen erst recht. Das Besondere am Siekanger ist nun mal, dass die Stadt Investoren hier eine Fläche zu höheren Quadratmeterpreisen verkaufen kann, weil sie so groß und verkehrlich gut angebunden ist. Insofern ist die kritische Position der CDU im Falle des GVZ III nichts als Populismus. Während die CDU vorgibt, bei diesem Projekt auf der Bremse zu stehen, tritt sie in ihrer Kommunalwahlprogramm bei anderen Gewerbeflächen ohnehin auf das Gaspedal wie außer ihr allenfalls die FDP.